



fraktion intern*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

NR. 01 · 07.02.2011

*Inhalt

- 02 Netzpolitisches Armutszeugnis
- 03 Editorial
- 04 Jahreswirtschaftsbericht 2011
- 05 Faire Arbeitnehmerfreizügigkeit
- 06 Missbrauch bei der Leiharbeit verhindern

Thema: Arbeitsprogramm

- 07 Deutschland 2020: Vollbeschäftigung, Fortschritt, Lebensqualität im neuen Jahrzehnt

Thema: Innen

- 09 Integration geht uns alle an

- 11 Abzug aus Afghanistan 2011 beginnen
- 12 Verlässlicher und sicherer Schienenverkehr für Deutschland
- 13 Internetsperren-Gesetz aufheben
- 14 Mehrgenerationenhäuser erhalten
- 15 Ausweg aus der Zwangsehe
- 15 Gegen Extremismus-Generalverdacht
- 16 Veröffentlichungen, In eigener Sache

Netzpolitisches Armutszeugnis

Die Informations- und Kommunikationstechnologien-Kommission des Ältestenrates des Deutschen Bundestages hat in ihrer Sitzung am 26. Januar 2011 die Einsetzung der Online-Beteiligungsplattform Adhocracy bei der Enquête-Kommission Internet abgelehnt.

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, kritisierte diese Entscheidung entschieden: „Rot-Grün hat im Ältestenrat des Bundestages beantragt, mehr Bürgerbeteiligung im Rahmen der Enquête-Kommission Internet zu ermöglichen und die dafür nötige Software zu beschaffen.

Dies hat Schwarz-Gelb mit fadenscheinigen Gründen abgelehnt. Die Entscheidung ist ein demokratie- und netzpolitisches Armutszeugnis. Die nötige Software könnte schnell beschafft und implementiert werden. Schwarz-Gelb hat offensichtlich Angst vor direkter Demokratie und mehr Bürgerbeteiligung.“

Beteiligung der Bürger als 18. Sachverständiger

Die Enquête-Kommission Internet und digitale Gesellschaft hatte beschlossen, die Bürgerinnen und Bürger, den sogenannten 18. Sachverständigen, mithilfe einer Online-Beteiligungsplattform zur Mitarbeit einzuladen. Diese sollte als Angebot an die Öffentlichkeit dienen, Sachverstand, Meinungen und Vorschläge zu den einzelnen Arbeitsfeldern einzubringen, Texte zu erstellen, zu bearbeiten und zu kommentieren, Vorschläge zu bewerten und an Abstimmungen teilzunehmen.

Damit wollte die Enquête-Kommission ihrem im Einsetzungsantrag formulierten Anspruch gerecht werden, die Öffentlichkeit in einem besonderen Maße mit in die Arbeit der Kommission einzubeziehen.

Von diesem Schritt hat sich die Union offensichtlich schon vor dem Start dieses wichtigen Projektes verabschiedet. Zwar werden als Begründung haushalterische Argumente vorgeschoben. Im Kern geht es der Union aber darum, neue Formen der Beteiligung an politischen Prozessen zu verhindern. Und die FDP muss sich fragen lassen, welche Durchsetzungsfähigkeit sie in der Netzpolitik an der Seite einer so rückständigen Unionsfraktion eigentlich noch hat.

Nachdem sich – nach über einem Jahr Verhandlungen alle Fraktionen einig waren und die Enquête-Kommission einstimmig das Online-Beteiligungskonzept beschlossen hatte, wurde die-

ser Konsens nun von Schwarz-Gelb aufgekündigt. Noch bei der Einsetzung der Enquête-Kommission Internet und digitale Gesellschaft hatte der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion erklärt: Es gilt, den Kreis der 17 Sachverständigen um ein weiteren Experten zu erweitern: „Der Bürger soll als 18. Sachverständiger eine zentrale Rolle in der Arbeit dieser Kommission einnehmen. Ziel ist nicht, über die Nutzer des Internets zu reden, sondern mit ihnen. Dies soll auf breiter Ebene geschehen in Blogs, Foren und sozialen Netzwerken. Bis zur Konstituierung der Kommission ist daher der Deutsche Bundestag aufgefordert, diese Bürgerbeteiligung sicherzustellen und zu organisieren.“

Davon will die Union nun nichts mehr wissen und die FDP akzeptiert diese Kehrtwende offensichtlich, um den Koalitionsfrieden nicht zu gefährden.

Schwarz-Gelb hat Angst vor mehr Bürgerbeteiligung

Der Beschluss bedeutet nicht nur, dass der für Ostern vorgesehene Zwischenbericht voraussichtlich nicht mit der angestrebten Beteiligung der Öffentlichkeit erstellt werden kann.

Vermutlich wird mit diesem Beschluss eine solche Beteiligungsplattform für die gesamte Laufzeit der Enquête-Kommission nicht zur Verfügung stehen. Damit verfehlt sie die fraktionsübergreifend selbst gesetzten Ziele.

Dies wirft ein schlechtes Licht auf die Arbeit des Parlaments und gefährdet die Arbeit der Enquête-Kommission, weil sie ihrem eigenen Anspruch durch die schwarz-gelbe „Dagegen-Haltung“ nicht gerecht werden kann.

Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir hätten uns gewünscht, dass die Bundesregierung – ähnlich mutig wie US-Präsident Obama – für Afghanistan ein konkretes Abzugsdatum in der Mitte des Jahres festlegt. Unsere Fraktion hat sich dennoch mehrheitlich für die Verlängerung des Mandats ausgesprochen, weil es in diesem Mandat ein glaubwürdiges Versprechen gibt, dass der Abzug 2011 beginnt. Es handelt sich jedoch um einen Kredit, den wir dieser Regierung geben. Jetzt messen wir die Herren zu Guttenberg und Westerwelle daran, ob sie sich an ihr Versprechen halten und noch in diesem Jahr mit dem Rückzug der Bundeswehrtruppen beginnen.

Bei den Verhandlungen zur Neugestaltung von Hartz IV haben wir uns in einem zentralen Punkt durchgesetzt: die Kommunen können das Bildungspaket in eigener Regie umsetzen, mit voller Erstattung der Leistungen durch den Bund, einschließlich einer Verwaltungskostenpauschale. Das ist ein Durchbruch bei den geplanten Bildungshilfen für die über 2,1 Millionen Kinder von Langzeitarbeitslosen. Wir werden jetzt schnell auf die Kommunalen Spitzenverbände zugehen, um die Umsetzung dieser Beschlüsse konkret zu besprechen.

Bislang war Schwarz-Gelb jedoch nicht in der Lage, die notwendigen Verbesserungen bei den Regelsätzen und bei der Zeit- und Leiharbeit voranzubringen. Wir werden darauf pochen, die Regelsätze so festzulegen, dass das Bundesverfassungsgericht sie auch akzeptiert. Und deshalb werden wir an dieser Stelle keine Ruhe geben, bis wir sicher sind, dass das Ganze nicht sofort wieder in Karlsruhe landet.

Ohne Mindestlohn geht es nicht. Wir müssen uns wehren gegen die Spaltung der Gesellschaft durch Ausweitung von Niedriglöhnen, Hinzuverdiensten und ergänzenden Sozialtransfers. Tatsache ist doch: Ab 1. Mai können Arbeitnehmer aus ganz Osteuropa bei uns arbeiten, von denen sich viele mit Löhnen von drei oder vier Euro zufrieden geben würden. Für die deutschen Arbeitnehmer hieße das: sie geraten in eine Lohnspirale, die kaum noch zu stoppen ist. Deshalb brauchen wir dringend einen Mindestlohn. Hier ist die schwarz-gelbe Koalition bislang nicht entscheidungsfähig. Die Verhandlungen verzögern sich, weil die Koalitionäre untereinander nicht einig sind. Wir werden weiter Druck machen für leistungsgerechte Löhne. Die Regierungskoalitionen sind jetzt aufgefordert, sich bis zur Fortsetzung der Verhandlungen am 6. Februar zu bewegen und ihre eigenen Positionen, auch untereinander, zu klären.

Der Weg hin zu einer modernen Arbeitsgesellschaft wird in diesem Jahr im Fokus unserer Anstrengungen stehen. Deutschland braucht eine selbstbewusste Mitte der Gesellschaft. Eine Arbeitnehmermitte, die von ihrer Arbeit leben kann. Diese Mitte müssen wir stärken. Dafür brauchen wir eine neue Idee von Fortschritt. Er beinhaltet eine solidarische Gesellschaft, die individuelle Freiheit mit gemeinsamer Verantwortung für alle verbindet. Und in der wirtschaftlicher und technologischer Fortschritt mit individuellem und sozialem Wohlstand, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Teilhabe verbunden wird. Auf unserer Klausur in Magdeburg haben wir dafür die Weichen gestellt. Jetzt liegt ein arbeitsreiches Jahr vor uns, klare politische Alternativen für die Bürgerinnen und Bürger zu erarbeiten.



Frank-Walter Steinmeier

Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Jahreswirtschaftsbericht 2011 – keine Antworten auf Herausforderungen

Mit ihrem Jahreswirtschaftsbericht 2011 versucht die Bundesregierung den Eindruck zu erwecken, die Wirtschafts- und Finanzkrise sei überwunden - wirtschaftspolitische Antworten auf die bestehenden Herausforderungen: Fehlanzeige.

Einigkeit besteht nur in einem Punkt: Deutschland ist stabiler als andere Länder durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen. Seit Mitte letzten Jahres zeichnet sich eine Erholung ab – unser Land befindet sich wieder im Aufschwung. Dazu hat – neben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Gewerkschaften und Arbeitgebern – auch die Politik erfolgreich ihren Beitrag geleistet: Die Strukturreformen des letzten Jahrzehnts und die von der SPD in der Großen Koalition durchgesetzten Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur und des Arbeitsmarktes wirken.

Damit aber sind die wirtschaftspolitischen Aufgaben nicht erledigt – wir stehen vor großen Herausforderungen: Extreme Ungleichgewichte im Handel – es mangelt an Investitionen und Nachfrage im Binnenmarktbereich; der Arbeitsmarkt ist gespalten und dem sich abzeichnenden Fachkräftengpass müssen wir wirksam begegnen. Wir müssen jetzt mit einer aktiven Wirtschaftspolitik die Chancen für einen nachhaltigen Aufschwung nutzen.

Verpasste Chancen für nachhaltiges Wachstum

Fakt ist: Schwarz-Gelb hat kein Konzept für nachhaltiges Wachstum – der Wirtschaftspolitik dieser Regierung fehlt der Kompass. Öffentliche Investitionen werden gekürzt, es gibt keine Anreize für private Investitionen und die Kaufkraft der Menschen wird geschwächt. Der Aufschwung findet nicht wegen, sondern trotz Schwarz-Gelb statt.

Wirtschaftsminister Brüderle hat erneut den Versuch unternommen, die positive Konjunktur-entwicklung auf die Politik von Schwarz-Gelb zurückzuführen. Aber statt sich mit fremden Federn zu schmücken und lediglich seine Steuer-senkungsphantasien zu wiederholen, sollte der Wirtschaftsminister die Weichen für einen dauerhaften Aufschwung richtig stellen. Selbst der Sachverständigenrat stellt der Regierung ein schlechtes Zeugnis aus: Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz zähle nicht zu den Ruhmestaten der Bundesregierung.

Schwarz-Gelb darf die Chancen für einen dauerhaften Aufschwung nicht durch wirtschaftspoli-

tische Untätigkeit verspielen: Denn das einzige, was Wirtschaftsminister Brüderle bisher mit auf den Weg gebracht hat, ist die zweifelhafte Steuerermäßigung für Hotels und die Verlängerung der Atom-laufzeiten zugunsten der großen Stromkonzerne. Eine magere Bilanz!

Aufschwung kommt bei den Menschen nicht an

Mehr Netto vom Brutto hat diese Koalition den Menschen immer wieder versprochen – reine An-kündigungspolitik. Denn die jetzt relativ gute wirt-schaftliche Lage in Deutschland kommt den Arbeit-nehmerinnen und Arbeitnehmern – vor allem im unteren und mittleren Einkommensbereich - nicht zugute. Sie leiden unter Lohneinbußen – ein Um-stand, der sich absehbar durch die Vollendung der Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 1. Mai 2011 gerade im Niedriglohnbereich noch verstärken wird.

Dazu kommt eine soziale Schieflage bei Steuern und Abgaben. Fakt ist: Durch zusätzliche Belastungen von Schwarz-Gelb – vor allem infolge steigender Abgaben für gesetzlich Krankenversicherte und Kür-zungen beim Elterngeld für Familien – haben die Deutschen weniger Geld in der Tasche. Auch durch massive Kürzungen in der aktiven Arbeitsmarktpo-litik und durch die Ablehnung gesetzlicher Mindest-löhne blockiert die Bundesregierung die Teilhabe von Menschen an guter Arbeit und am wirtschaft-lichen Aufschwung.

SPD fordert Investitions- und Infrastrukturkonsens

Im Jahreswirtschaftsbericht bleiben Antworten auf zentrale Fragen offen: Der Sachverständigenrat betont in seinem aktuellen Jahresgutachten er-neut die Notwendigkeit von Zukunftsinvestitionen in Bildung, Technologie und Infrastruktur. Für die SPD steht fest: Deutschland braucht eine aktivere und nachhaltigere Wirtschaftspolitik, wir müssen unsere wirtschaftlichen Stärken in Zukunft besser ausbalancieren: Die einseitige Abhängigkeit von den Risiken und Schwankungen des Weltmarktes braucht eine neue Balance zwischen wettbewerbs-getriebenem Export und einer lohn- und investiti-onsgetriebenen Stärkung der Binnennachfrage.

Notwendig ist ein gesellschaftlicher Konsens für intelligente Infrastrukturinvestitionen in die Zu-kunft des Landes. Wir müssen Handlungsspielräu-me nutzen, die durch die konjunkturelle Lage ent-stehen, um die soziale, bauliche und technische

Infrastruktur Deutschlands zu modernisieren. Unser Land braucht ein Konzept für den Ausbau seiner Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur. Die SPD entwickelt einen Investitions- und Infrastrukturkonsens, der Deutschland auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet.

Wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa

Die Mechanismen der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Europäischen Union wurden durch die Krise auf die Probe gestellt. Inzwischen zeigen einige Euroländer deutliche Refinanzierungsprobleme – die Stabilität des Euro Raums darf nicht gefährdet werden. Die Konsequenz lautet: Wirtschaftspolitik kann nicht mehr nur im nationalen Rahmen erfolgen, sie braucht auf der europäischen Ebene stärkere Transparenz, Abstimmung und demokratische Legitimation. Es ist dringend notwendig, gemeinsame finanz-, haushalts- und steuerpolitische Ziele einer europäischen Wirtschaftspolitik abzustimmen.

Von Schwarz-Gelb kam über Monate hinweg kein substantieller Vorschlag, um Konsequenzen aus der Finanzkrise zu ziehen und die wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung der Europäischen Uni-

on zu stärken. Die Bundeskanzlerin hat sich jetzt endlich zu einer europäischen Wirtschaftsregierung bekannt. Der Einzige, der sich dieser Realität verweigert, ist der Bundeswirtschaftsminister: Sein Jahreswirtschaftsbericht lässt Antworten darauf vermissen, wie der Prozess einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik aktiv gestaltet werden soll.



Faire Arbeitnehmerfreizügigkeit

Ab 1. Mai 2011 können alle Menschen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten, die am 1. Mai 2004 der Europäischen Union beigetreten sind, ohne Arbeitsgenehmigung in Deutschland arbeiten. Damit genießen auch diese Bürger eine der wichtigen Grundfreiheiten der EU, die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Vor dem 1. Mai 2011 muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass die Menschen, die hier arbeiten möchten, gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne erhalten. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in dem Antrag „Faire Mobilität und soziale Sicherung“ einen allgemeinen Mindestlohn als Lohnuntergrenze, Branchenmindestlöhne, eine gute Beratung für alle entsandten Arbeitnehmer hier in Deutschland und eine angemessene Kontrolle der Arbeitgeber, um sicherzustellen, dass die Anforderungen an Mindestlöhne und Sozialversicherung auch eingehalten werden.

Die schwarz-gelbe Regierung tut jedoch nichts, um unseren deutschen Arbeitsmarkt so zu gestalten, dass osteuropäische Arbeitnehmer zu fairen Löhnen und guten sozialen Bedingungen in unserem Land arbeiten können. Im Gegenteil – Union und FDP verhindern all das, was wir brauchen. Schwarz-Gelb verrät damit die deutschen Arbeitnehmer, die Lohn- und Sozialdumping fürchten müssen, und die osteuropäischen Arbeitnehmer, die zu schlechten Bedingungen bei uns arbeiten müssen.

Besonders in der Leiharbeit wird die Arbeitnehmerfreizügigkeit zu großen Verwerfungen führen, wenn Schwarz-Gelb weiterhin politisch untätig bleibt. Viele Leiharbeitsfirmen bereiten sich schon jetzt darauf vor, dass sie ab 1. Mai Arbeitnehmer aus osteuropäischen Staaten einstellen können. Deutsche Leiharbeitsfirmen haben bereits Verträge vorbereitet, um vermeintlich teure deutsche Leiharbeiter durch noch billigere osteuropäische Leiharbeiter zu ersetzen. Der polnische Arbeitgeberpräsident spricht von Löhnen zwischen zwei und fünf Euro für polnische Leiharbeitnehmer. Damit halten menschenunwürdige Entlohnung und unfaire Arbeitsbedingungen Einzug in unseren Arbeitsmarkt. Das wollen und müssen wir verhindern und werden Union und FDP weiter antreiben, politisch zu handeln.

Missbrauch bei der Leiharbeit verhindern

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für mehr Gerechtigkeit in der Leiharbeit ein. Um Missbrauch zu bekämpfen, fordert die SPD in einem Antrag klare Regeln für die Branche. Neben dem längst überfälligen Mindestlohn gehört dazu vor allem, dass Leiharbeiterinnen und -arbeiter überall den gleichen Lohn erhalten wie ihre Kollegen aus der Stammebelegschaft.

Leiharbeit kann ein sinnvolles Instrument sein zur Abdeckung kurzfristiger Auftragsspitzen und als mögliches Sprungbrett in ein Normalarbeitsverhältnis. Daher wollen wir Leiharbeit nicht abschaffen. Aber Politik und Tarifvertragsparteien müssen dort einschreiten, wo Leiharbeit zu Tariffucht und Lohndrückerei missbraucht wird.

Lohndumping und Zunahme unsicherer Beschäftigung

Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) stellt mit der Leiharbeit Unternehmen ein unkompliziertes Instrumentarium zur Verfügung, Auftragsspitzen zu bewältigen oder für einen vorübergehenden Ausfall von Beschäftigten schnell Ersatz zu finden.

Inzwischen hat der Umfang der Leiharbeit deutlich zugenommen: Die Zahl der Leiharbeiter und -arbeiterinnen hatte sich zwischen Anfang 2003 und Sommer 2008 auf über 800.000 verdoppelt. Viele der geltenden Regelungen des AÜG haben sich als Einfallstor für weitreichenden Missbrauch erwiesen, da die vorhandenen Leiharbeits-tarifverträge deutlich hinter den Verdiensten und Arbeitsbedingungen der Stammarbeiter/-innen zurückbleiben. Missbrauch in der Leiharbeit hat zu Lohndumping und einer Zunahme prekärer Beschäftigung geführt. Jeder achte Leiharbeitsbeschäftigte ist trotz Vollzeit-tätigkeit auf ergänzende staatliche Unterstützung angewiesen.

Nach einer aktuellen Erhebung der Bundesagentur für Arbeit wird vor allem Leiharbeit immer noch skandalös niedrig bezahlt. So betrug das mittlere Einkommen einer Vollzeitkraft 2009 gerade mal 1.393 Euro im Monat brutto – einschließlich aller Zuschläge und Jahresleistungen. Besonders viele Leiharbeiter und -arbeiterinnen arbeiten in der Industrie – hier liegen die mittleren Löhne der festangestellten Stammebelegschaft mehr als doppelt so hoch.

Gerechte Verhältnisse bei der Leiharbeit

Mit der vollständigen Umsetzung der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit im Mai 2011 droht sich die Situation weiter zu verschärfen. Sich dem Lohndumping zu entziehen, wird dann auch für seriöse Leiharbeitsunternehmen deutlich schwieriger. Mehr als die Hälfte aller Leiharbeitsverhältnisse dauert zudem keine drei Monate.

Leiharbeit wird wegen der niedrigen Löhne von den Einsatzbetrieben häufig zur Lohnkostensenkung genutzt, indem die Stammebelegschaften reduziert und stattdessen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter eingesetzt werden.

Wir haben bereits im Dezember im Bundestag einen Antrag eingebracht, in dem wir detailliert aufzeigen, welche Regelungen ein Gesetzentwurf beinhalten muss, um den Missbrauch zu bekämpfen. Dabei sind vier entscheidende Bedingungen zu berücksichtigen:

- Gleiches Geld für gleiche Arbeit: Der „Equal Pay“-Grundsatz im Verhältnis von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitnehmern zu Stammarbeiter/-innen muss gelten. Darüber hinaus fordern wir einen nicht nur für die Leiharbeit, sondern für alle Branchen geltenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 Euro.
- Keine Verträge von Fall zu Fall: Das große Arbeitslosigkeitsrisiko von Leiharbeiter/-innen rührt auch daher, dass die Verträge oft nur für die Dauer des Einsatzes befristet werden. Dies soll nicht mehr erlaubt sein. Der Entleihe muss auch in Zeiten ohne Arbeitseinsatz weiter im Arbeitsverhältnis stehen und entlohnt werden.
- Klar „mitbestimmt“: Die Betriebsräte in den Entleihbetrieben brauchen wirksame Mitbestimmungsrechte für in ihrem Betrieb eingesetzte Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.
- Ein Platz, ein Jahr: Der Einsatz einer Leiharbeiterin oder eines Leiharbeiters soll nur „vorübergehend“ sein. Nach einem Jahr sind Leiharbeiteinsätze zu beenden. Diese Höchstüberlassungsdauer von einem Jahr ist gesetzlich festzulegen. Sofern der Arbeitskraftbedarf im Entleihbetrieb über ein Jahr andauert, ist eine Festanstellung angemessen, denn dies belegt, dass Bedarf an einer dauerhaften Arbeitstätigkeit im Unternehmen besteht.

Deutschland 2020: Vollbeschäftigung, Fortschritt, Lebensqualität

Die SPD-Bundestagsfraktion startet mit ehrgeizigen Zielen ins neue Jahr. Bei der Klausursitzung der Fraktion in Magdeburg haben wir unser Arbeitsprogramm für die kommenden Monate festgelegt. Der Anspruch: neue Antworten auf Zukunftsfragen entwickeln, die Menschen überzeugen – und die Übernahme der Regierungsverantwortung 2013 vorbereiten.

2010 war für die SPD das Jahr der Feuerprobe in der Opposition. Mit Erfolg: Die Attacken der größten Oppositionsfraktion auf die Fehlleistungen der schwarz-gelben Bundesregierung haben getroffen. Union und FDP haben massiv an Vertrauen verloren.

2011 wird das Jahr einer neuen Profilierung der SPD. In der Klausur hat sich die SPD-Fraktion vorgenommen, die sozialdemokratischen Alternativen zu Schwarz-Gelb noch stärker ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung zu rücken.

Unter dem Titel „Deutschland 2020 – Vollbeschäftigung, Fortschritt, Lebensqualität im neuen Jahrzehnt“ hat SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier ein ambitioniertes Arbeitsprogramm vorgelegt. Es beschreibt zentrale Zukunftsfragen, zu denen die SPD-Fraktion politische Vorschläge und tragfähige Lösungsansätze entwickeln und zur Diskussion stellen will.

Es geht uns dabei um ein Politikkonzept, das den Weg bis ans Ende des Jahrzehnts beschreibt. Den Weg einer Gesellschaft, die unter völlig veränderten Bedingungen ihren sozialen Zusammenhalt bewahren will und dabei nicht Transfergesellschaft wird, sondern Arbeitsgesellschaft bleibt. Leitbild ist eine neue Idee von Fortschritt, die die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit verbindet.

Eine Vollbeschäftigungsstrategie für Deutschland

Wir sind überzeugt, dass unser Land erstmals seit Jahrzehnten wieder die historische Chance hat, in den nächsten Jahren Vollbeschäftigung zu erreichen. Das ehrgeizige Ziel: Arbeitslosigkeit nicht nur zu bekämpfen, sondern zu besiegen.

„Die entscheidende Herausforderung liegt darin, Qualifizierungs-, Integrations-, Gleichstellungs-, Investitions-, Verteilungs- und Ordnungspolitik auf den Fokus einer Vollbeschäftigungsstrategie auszurichten und zu bündeln,“ heißt es in dem Papier. Beschrieben werden darin in zehn Handlungsfeldern die Aufgaben, die erforderlich sind, um Vollbeschäftigung zu erreichen:

- **Infrastrukturkonsens 2020** – Investitionen zur Sicherung der Arbeit von morgen: Notwendig sind mehr private und öffentliche Investitionen und eine starke Netzinfrastruktur bei Energie, Kommunikation und Verkehr.
- **Neuer Lastenausgleich:** Die SPD-Fraktion fordert einen neuen Lastenausgleich, der Wohlhabenden mehr Solidarität über einen höheren Spitzensteuersatz abverlangt und untere und mittlere Einkommen entlastet.
- **Pakt für Bildung:** Echter Fortschritt für ein leistungsfähigeres Bildungssystem kann nur gelingen mit einem gemeinsamen Kraftakt von Bund und Ländern für einen massiven Ausbau- und Qualitätsschub bei den Bildungsinfrastrukturen.



- **Integration:** Bildung, Sprache und Teilhabe an Arbeit sind der Schlüssel für erfolgreiche Integration.
 - **Ressourceneffizienz und Rohstoffsicherung:** Industriepolitik muss die Effizienzsteigerung als Dreh- und Angelpunkt künftiger Wettbewerbsfähigkeit begreifen. Deutschland braucht ein Rohstoffsicherungskonzept.
 - **Neue Ordnung für Arbeit und Kreativpakt:** Junge Menschen brauchen einen guten Start ins Berufsleben. Niemand darf ohne Ausbildung bleiben. Die Arbeitsvermittlung muss verbessert, das Normalarbeitsverhältnis gestärkt werden. Der Mindestlohn ist überfällig. Mit einem Kreativpakt sollen die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten und „neuen Selbständigen“ in den kreativen Berufen verbessert werden.
 - **Gesundheit und Pflege:** Der steigende Bedarf an Gesundheitsdienstleistungen öffnet auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Pflegeberufe müssen attraktiver und besser bezahlt werden, um den Fachkräftebedarf zu sichern und die Qualität von Pflege zu verbessern.
 - **Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft:** Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit“ muss für Frauen ebenso Realität werden wie das Ziel, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen.
 - **Beschäftigung Älterer:** Ein längeres Erwerbsleben in guter Arbeit verbessert die Teilhabe an der Gesellschaft. Erfahrene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden gebraucht. Notwendig ist eine Beschäftigungsstrategie für Ältere.
 - **Regeln für die Finanzmärkte:** Funktionsfähige Finanzmärkte sind eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Ziel sind seriöse, nachhaltig funktionierende Finanzmärkte, die wieder ihre ureigene Aufgabe erfüllen, nämlich Konsumenten und Wirtschaft mit soliden Finanzierungen zu versorgen und ihnen transparente Anlagemöglichkeiten zu bieten. Notwendig sind zudem eine nachhaltige Stabilisierung des Euro-Raums und eine bessere wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa.
- tagsschule soll nicht nur beschreiben, wie die Zahl der Ganztagschulen weiter erhöht, sondern auch, wie Schule zu einem gesellschaftlichen Ort weiter entwickelt werden kann.
- Partei und Fraktion erarbeiten ein Steuer- und Abgabekonzept, das für eine gerechte Lastenverteilung und einen nachhaltigen Staatshaushalt sorgt und die Finanzierung von Zukunftsaufgaben sichert.
 - In einem Konzept für ein gelingendes „Miteinander der Generationen“ wollen sich die SPD-Abgeordneten über die von der SPD vorgeschlagene „Bürgerversicherung Pflege“ hinaus mit der Frage beschäftigen, welche Angebote Pflegende und Pflegebedürftige vor Ort brauchen und wie eine gute und barrierefreie soziale Infrastruktur im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen sichergestellt werden kann.
 - Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich in den nächsten Wochen – auch vor dem Hintergrund der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Mai 2011 – verstärkt für eine neue Ordnung für gute Arbeit und für den Mindestlohn einsetzen, um Lohndumping zu bekämpfen und das unbefristete, sozial abgesicherte und ordentlich bezahlte Normalarbeitsverhältnis zu stärken.

Unser Land morgen

„Deutschland 2020“ – das kann ein Land mit Vollbeschäftigung in guter, qualifizierter Arbeit sein, wo nicht mehr Millionen von Menschen in den Niedriglohnsektor gedrängt und mit ergänzender Sozialhilfe abgespeist werden. Es kann ein Land sein, das den Wohlstand nicht als blinde Renditejagd auf Kosten von Beschäftigten und Verbrauchern, sondern als ein nachhaltiges Wachstumsmodell begreift, das in der Industrie Effizienztechnologie und Erneuerbare Energien zum Durchbruch bringt. Ein Land, in dem kreative Leistungen von Selbstständigen in Medien, Kultur und Wissenschaft nicht mehr zu Dumpinghonoraren ausgebeutet, sondern angemessen vergütet werden. Ein Land, in dem jedes Kind, dessen Eltern es wollen, einen Platz in einer hochwertigen Ganztagschule findet. Ein Land, in dem Männer und Frauen gleichberechtigt leben und gleiche Chancen im Beruf finden.

Um dieses Leitbild unserer Gesellschaft im Jahr 2020 Realität werden zu lassen, müssen heute die Weichen richtig gestellt werden.

Den vollständigen Text des Arbeitsprogramms „Deutschland 2020“ finden Sie auf der Homepage der SPD-Bundestagsfraktion unter www.spdfraktion.de.

Die SPD-Fraktion hat sich vorgenommen, die Vorschläge in den nächsten Monaten weiter zu konkretisieren. Dafür haben die SPD-Abgeordneten eine Reihe konkreter Projekte verabredet:

- Bereits im Februar wird die Fraktion konkrete Forderungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben vorlegen.
- In einem Investitionskonzept sollen Vorschläge für einen neuen Infrastrukturkonsens in den Bereichen Verkehr, Energie und Kommunikation zusammengefasst werden.
- Ein Konzept für eine Qualitätsoffensive Ganz-

Integration geht uns alle an

Am 14. Januar 2011 hat die Fraktion auf ihrer Klausurtagung ein Positionspapier zur Integrationspolitik verabschiedet. Das Papier beginnt mit einem klaren Bekenntnis: Deutschland ist ein offenes Land mit einer offenen Gesellschaft. Viele Menschen sind zu uns gekommen und haben hier ihre Heimat gefunden. Was immer ihre Herkunft ist, welche religiöse oder weltanschauliche Bindungen sie auch immer haben – sie sind bei uns willkommen.

Wir laden alle ein, unser Land besser, stärker und solidarischer zu machen. Unsere Zukunft, unser künftiger Platz in der Welt, unser Wohlstand hängen davon ab, dass wir Vielfalt und Offenheit unseres Landes erhalten und gestalten. Deshalb wenden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch, Fremdenfeindlichkeit zu schüren und Menschen unterschiedlicher Herkunft gegeneinander auszuspielen.

Grundsätze sozialdemokratischer Integrationspolitik

Integration beginnt mit einem Zugehörigkeitsgefühl. Integrationspolitik ist ein emotionales Thema. Es geht um die Identität der Menschen, die zu uns kommen, aber auch um die Identität der aufnehmenden Gesellschaft. Sowohl die Migrantinnen und Migranten als auch die Deutschstämmigen sollen sich mit der gemeinsamen, sich stetig ändernden Gesellschaft identifizieren können.

Integration ist außerdem eine soziale Frage. Schwierigkeiten bei der Integration haben nicht nur mit der Herkunft zu tun. Zwar spielt diese eine Rolle, aber Integrationsprobleme haben auch andere Gründe. Eine deutsche alleinerziehende Mutter ohne Schulabschluss kämpft häufig mit ähnlichen Problemen wie ihre türkische Nachbarin, die sich ohne Ausbildung und Partner um ihre Kinder kümmern muss. Das heißt für uns: Wir müssen über fehlende Perspektiven sprechen, über mangelnde Bildung und Ausbildung, Arbeitslosigkeit und Armut. Integration soll verhindern, dass Menschen ausgeschlossen werden.

Integration ist ein wechselseitiger Prozess. Wer hier leben möchte, soll sich einbringen. Aber die Mehrheitsgesellschaft ist genauso gefordert. Interkulturelle Öffnung ist gefragt. Parteien, Vereine, Bildungsinstitutionen, Kultureinrichtungen und Behörden dürfen sich nicht vor dieser Verantwortung drücken. Auch wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen uns fragen: Spiegeln unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger die Vielfalt unserer Gesellschaft wider – und wenn nicht, wie können wir das ändern? Kurzum: Integration geht uns alle an.

Dialog statt Ausgrenzung

Dabei formulieren wir aber auch klare Erwartungen. Gesellschaftliche Veränderungen gehen nicht ohne Anstrengungen und Probleme vonstatten. Wir fordern Engagement und zeigen Grenzen auf. Deshalb haben wir 2005 freiwillige ebenso wie verpflichtende Deutschkurse eingeführt. Und deshalb muss sich, wer hier lebt, an die Gesetze halten.

Bei Zwangsverheiratung, Kriminalität und häuslicher Gewalt gibt es keine Toleranz. Das ist ebenso klar wie selbstverständlich. Und gilt für alle, die hier leben. Aber wir lassen nicht zu, dass solche Phänomene genutzt werden, um die Mehrheit der Migrantinnen und Migranten zu diffamieren. Wir wollen Konflikte lösen statt Vorurteile befördern. Und wir fordern Dialog statt Ausgrenzung.



Zuletzt gilt für unsere parlamentarische Arbeit: Integration ist ein Querschnittsthema. Das heißt: Die besonderen Lebenslagen von Migrantinnen und Migranten müssen in verschiedenen Politikfeldern berücksichtigt werden.

Handlungsfelder

Wir zeigen in dem Positionspapier auf, welche Ziele in einzelnen Politikbereichen verfolgt werden:

In der **Innenpolitik** werden die Ziele einer ausreichenden Finanzierung der Integrationskurse, der Abschaffung der Kettenduldung, der Einführung des kommunalen Ausländerwahlrechts und der Doppelten Staatsbürgerschaft verfolgt.

Ein deutlicher Schwerpunkt liegt bei der **Bildungspolitik**: Integration kann nur gelingen, wo frühkindliche Bildung, durchgängige Sprachförderung, der Ausbau von Schülersozialarbeit, Schüler-BAföG, der Ausbau des BAfögs für Studierende und eine weitere Öffnung der Hochschulen für Meisterinnen und Meister erreicht werden.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die **Arbeitsmarktpolitik**. Zentrale Bedeutung hat die Anerkennung ausländischer Abschlüsse: Rund 500.000 Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten unterhalb ihres Qualifikationsniveaus. Daneben soll eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt erreicht werden durch die Schaffung eines Arbeitsmarktprogramms „MigraPlus“, einem Ausbau der beruflichen Qualifizierung, der Verbesserung des Übergangs zwischen Schule und Beruf, Nachqualifizierungs- und Ausbildungsangebote im Rahmen des neu zu schaffenden Förderprogramms „Zweite Chance“ sowie die interkulturelle Qualifizierung der Bundesagentur für Arbeit.

Wichtig ist uns auch, dass das **Programm „Soziale Stadt“**, anders als im aktuellen schwarz-gelben Haushalt, wieder ausreichend finanziert wird und in der jetzigen erfolgreichen Form weitergeführt werden kann.

Das **Allgemeine Gleichstellungsgesetz** hat sich als Instrument gegen Diskriminierung bewährt. Doch gibt es auch hier noch Verbesserungsmöglichkeiten. Angestrebt wird eine Verlängerung der Klagefristen, ein Ausbau der Beratungsstellen, eine Regelung zur Entgeltgleichheit und die weitere Erprobung der anonymen Bewerbung.

In der **Gesundheitspolitik** schlagen wir die interkulturelle Schulung des Pflegepersonals vor und fordern die Approbation auch für nichteuropäische Migrantinnen und Migranten sowie Sonder-

bedarfszulassungen für Psychotherapeutinnen und -therapeuten mit besonderen Sprachkenntnissen.

Auch in der **Seniorenpolitik** steht die interkulturelle Schulung des Personals im Vordergrund. Ebenso sollen die Pflegestützpunkte interkulturell geöffnet werden.

Bei **Sport und Ehrenamt** sollen Migrantinnen und Migranten stärker in Vereine eingebunden werden. Dafür müssen sich die Vereine interkulturell öffnen. Weiter gilt es, spezielle Angebote für Mädchen und Frauen zu schaffen und bestehendes bürgerschaftliches Engagement zu fördern.

Kulturpolitisch muss die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ausgebaut werden. In Kultureinrichtungen muss es erleichterte Zugänge für ökonomisch Bedürftige geben. Daneben sollen integrative Kulturprojekte gefördert und stärker vernetzt werden.

Zuletzt gilt es, den **Dialog mit dem Islam** fortzusetzen. Hier ist eines klar: Es geht um Dialog statt um das Schüren von Ängsten. Dafür sollen unter anderem die Islamkonferenz fortgeführt und eine stärkere Beteiligung islamischer Religionsgemeinschaften ermöglicht werden.

Integration: Die Zukunft gestalten

Integration heißt für uns: Alle sollen gleiche Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft haben. Das nehmen wir als gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsauftrag an – im Bundestag ebenso wie im Landtag oder Gemeinderat, im Parteivorstand ebenso wie im Ortsverein.

Wir wollen das Thema Integration als Querschnittsaufgabe in den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit stellen und dafür geeignete Arbeitsstrukturen schaffen. Wichtig ist für uns dabei auch die Verbindung mit der Fachkräfteproblematik.

Dafür werden wir weitere konkrete Vorschläge in Gesetzentwürfen und Anträgen vorlegen. Unsere Botschaft ist klar: Wir übernehmen Verantwortung und packen die Integration als zentrale Herausforderung für die Zukunft dieses Landes an.

Das Positionspapier kann unter www.spdfraktion.de heruntergeladen werden.

Abzug aus Afghanistan 2011 beginnen

Am 28. Januar hat der Bundestag die Verlängerung des deutschen Bundeswehreinsatzes im Rahmen der VN-mandatierten ISAF-Mission in Afghanistan beschlossen. Auch die SPD-Bundestagsfraktion hat sich nach ausführlicher interner Debatte mit großer Mehrheit für die Verlängerung ausgesprochen.

Voraussetzung für unser „Ja“ war, dass im Laufe dieses Jahres mit dem Rückzug der ersten Bundeswehrsoldaten begonnen wird. Diese Festlegung zielt auch darauf ab, die Regierung in Kabul zur Übernahme stärkerer Eigenverantwortung für ihr Gemeinwesen zu drängen. Mit dieser Forderung hat sich die SPD gegenüber der Bundesregierung durchgesetzt, die ursprünglich die Nennung einer konkreten Jahreszahl im Mandat vermeiden wollte.

Forderungen der SPD übernommen

In einem von unserer Fraktion parallel eingebrachten Entschließungsantrag bekräftigen wir unsere Erwartung, dass die Bundesregierung ihre Zusage einhält und wir unsere künftige Zustimmung für eine Mandatsverlängerung an die Reduzierung des deutschen ISAF-Kontingents noch in diesem Jahr koppeln.

Es war die SPD, die als erste einen zeitlichen Abzugskorridor gefordert hat. Noch in seiner Funktion als Außenminister hatte Frank-Walter Steinmeier einen Zehn-Punkte-Plan für den Abzug aus Afghanistan vorgelegt. Im Januar 2010 war es wiederum die SPD, die ein Ende des militärischen Einsatzes im Rahmen des ISAF-Mandats für den Zeitraum zwischen 2013 und 2015 gefordert hat. Damals wurden wir von Union und FDP dafür scharf kritisiert.

Inzwischen sind diese Forderungen längst internationale Beschlusslage. Sowohl die Kabuler Konferenz im Juli 2010 als auch der NATO-Gipfel am 20. November haben das Jahr 2014 als Enddatum für den militärischen Kampfeinsatz festgelegt. Von diesem Zeitpunkt an sollen die Afghanen für die Gewährleistung der Sicherheit in ihrem Land selbst verantwortlich sein. Selbstverständlich wird die internationale Gemeinschaft dieses geschundene Land danach nicht völlig sich selbst überlassen.

Unterstützende Maßnahmen im zivilen Bereich, aber auch bei der Ausbildung von Armee und Polizei wird es auch über das Jahr 2014 hinaus geben müssen. Nur so kann gewährleistet werden, dass Afghanistan nicht wieder in Anarchie und Chaos zurückfällt und erreichte Fortschritte, wie es sie im Bereich der Frauen- und Menschenrechte, der Gesundheitsversorgung oder der Bildung gibt, nicht wieder zunichte gemacht werden.

Zivilen Wiederaufbau fortsetzen

Aber auch in anderen Fragen war es die SPD, die der Bundesregierung eine Reihe von Zugeständnissen abgerungen hat. Dazu gehörte die Forderung nach Verdopplung der Mittel für den zivilen Wiederaufbau und verstärkten Anstrengungen im Bereich der Ausbildung einer afghanischen Armee. Dieser vor einem Jahr eingeleitete Strategiewechsel muss jetzt konsequent fortgeführt werden. Deshalb fordern wir, dass die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte weiter vorangetrieben wird.

Der zivile Wiederaufbau muss ebenfalls mit großer Intensität fortgesetzt werden. Das gilt insbesondere für die Entwicklung der ländlichen Räume und der Landwirtschaft, die Unterstützung der afghanischen Regierung beim Aufbau einer effizienten Verwaltung sowie den Ausbau der Infrastruktur und des Bildungs- und Gesundheitssektors. Die afghanische Regierung muss sichtbar unter Beweis stellen, dass sie ihre Bekenntnisse zu besserer Regierungsführung und zur Bekämpfung der extrem hohen Korruption ernst nimmt.

Die Bemühungen um eine politische Lösung des Konfliktes müssen fortgesetzt werden. Die Suche nach einer politischen Verhandlungslösung ist unverzichtbarer Teil des Kurswechsels, der Afghanistan zur Selbständigkeit führen soll. Dabei gilt es allerdings, die „roten Linien“ einzuhalten. Der innere Frieden in Afghanistan darf nicht auf Kosten der Menschenrechte, insbesondere nicht auf Kosten der gegen viele Widerstände wiedererlangten Rechte der Frauen errungen werden.



Verlässlicher und sicherer Schienenverkehr für Deutschland



Der frühe und harte Wintereinbruch 2010 verursachte erhebliche Störungen bei allen Verkehrsträgern. Im Dezember mussten die Kundinnen und Kunden der Deutschen Bahn den zweiten Winter in Folge Beeinträchtigungen von bislang kaum gekanntem Ausmaß hinnehmen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu einen Antrag vorgelegt und fordert darin verlässlichen und sicheren Schienenverkehr in Deutschland.

Tatsache ist: Die Bahninfrastruktur ist nicht wetterfest. Weder in den beiden harten Wintern noch in dem dazwischen liegenden heißen Sommer beherrschte die Deutsche Bahn (DB AG) die witterungsbedingten Störungen. Die Information der Fahrgäste war mehr als mangelhaft. Der Schienengüterverkehr kam um die Weihnachtszeit praktisch zum Erliegen. Krisenmanagement: Fehl-anzeige.

Ramsauer schönt Zahlen

Verkehrsminister Ramsauer hatte zwei Tage vor der Debatte im Bundestag dem Verkehrsausschuss einen Bericht vorgelegt, der geschönte Zahlen enthielt: Nur an wenigen Tagen soll die Pünktlichkeit im Fernverkehr unter 70 Prozent gelegen haben. Eine aktuelle Statistik der Bahn, in einer Tageszeitung veröffentlicht, widerlegte den Minister. Im Dezember wurde nur an zwei Tagen eine Pünktlichkeit von über 50 Prozent erreicht.

Bahnchef Grube und Verkehrsminister Ramsauer informieren sich gegenseitig unzureichend, schieben sich gegenseitig Verantwortung zu und verstecken sich gemeinsam hinter der Verkehrspolitik der Vergangenheit: Die Bahn habe noch unter dem Renditedruck zu leiden, den die Vorgänger von Grube und Ramsauer wegen des geplanten

Börsengangs dem Unternehmen verordnet hätten. Getreu dem Motto: „Gibt's im Sommer Eis und Schnee – Schuld ist nur die SPD“, versucht Schwarz-Gelb von eigenem Verschulden abzulenken. Seit eineinhalb Jahren ist Ramsauer Minister, es gibt während seiner Amtszeit das zweite Mal Winterchaos. Er hat seine Aufgaben nicht im Griff.

Zur Erinnerung: Die Bahnreform von 1994 wurde unter einer schwarz-gelben Bundesregierung auf den Weg gebracht. Mitte des vergangenen Jahrzehnts sah es so aus, dass das privatwirtschaftlich und selbstverständlich gewinnorientiert arbeitende Unternehmen reif für den Börsengang sei. Den hatte die Koalition aus CDU/CSU und SPD beschlossen. Bundeskanzlerin Merkel hatte ihn befürwortet. Der Antrag, der 2008 Grundlage für den Bundestagsbeschluss zum Börsengang war, trägt auch Ramsauers Unterschrift. Heute tut er scheinheilig so, als trage er dafür keine Verantwortung.

Kernaufgaben vernachlässigt

Richtig ist, dass heute ein großer Renditedruck auf dem Unternehmen lastet, weil es international immer mehr expandiert und dabei die Kernaufgaben im Inland vernachlässigt. Noch im vergangenen Sommer hat die DB AG das britische Unternehmen Arriva gekauft und bereitet sich auf die Streckenexpansion nach London vor. Diese Bundesregierung hat der Bahn auferlegt, in den nächsten vier Jahren je 500 Millionen Euro Dividende an den allgemeinen Bundeshaushalt abzuführen – zwei Milliarden insgesamt. Das Geld fehlt für die Infrastruktur.

Das ist die falsche Politik gegenüber der DB AG. Die SPD fordert, dass dieses Geld für dringend erforderliche Investitionen für die nächsten zehn Jahre im Unternehmen bleiben und zusätzlich in die Infrastruktur gehen muss. Die Erfahrungen der vergangenen Wochen geben uns recht.

Die Bahn muss wieder fit werden, um bei allen Witterungsverhältnissen die Menschen pünktlich zu befördern. Dazu ist ein nachhaltiges, sicheres und dynamisches Zukunftskonzept notwendig. Dazu gehören zusätzliche Mittel für Ausbau und Instandhaltung des Schienenverkehrs, ausreichend Reservekapazitäten bei den Fahrzeugen und ausreichend Personal in den Werkstätten.

Internetsperren-Gesetz aufheben

Es gibt kaum Straftaten, die verabscheuungswürdiger sind, als der sexuelle Missbrauch von Kindern. Wir müssen alles tun, um sie zu verhindern, die Täter zu verfolgen und die Bilder vom Missbrauch aus dem Netz zu verbannen. Internetsperren sind dazu nicht der richtige Weg. Sie sind wenig effektiv, ungenau und technisch ohne größeren Aufwand zu umgehen und sie schaffen eine Infrastruktur, die grundsätzliche Bedenken hervorruft und verfassungsrechtlich höchst problematisch ist. Diese Erkenntnis hat sich zu Recht durchgesetzt und ist in mehreren Anhörungen von Experten immer wieder bestätigt worden.

Deshalb wollen wir eine politisch vertretbare und juristisch tragbare Lösung. Wir haben am 20. Januar einen Antrag im Bundestag eingebracht, in dem wir fordern, das Zugangerschwerungsgesetz aufzuheben und den verfassungswidrigen Zustand zu beenden.

Das Zugangerschwerungsgesetz ist am 23. Februar 2010 in Kraft getreten. Das Gesetz soll den Zugang zu Webseiten im Internet mit Darstellungen sexueller Handlungen von und an Kindern erschweren. Vorgesehen ist, dass das Bundeskriminalamt (BKA) eine Sperrliste für entsprechende Webseiten führt, wenn deren Löschung nicht oder nicht in angemessener Zeit erwirkt werden kann. Provider werden gesetzlich dazu verpflichtet, den Zugriff auf die in der Sperrliste indizierten Schriften zu sperren und auf ein vom BKA gestaltetes „Stopp-Schild“ umzuleiten.

Die Regierungsfractionen haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, das Zugangerschwerungsgesetz zunächst für ein Jahr nicht anzuwenden. Dementsprechend wurde das BKA durch Erlass des Bundesministeriums des Inneren (BMI) aufgefordert, den durch das Gesetz eingeräumten Beurteilungsspielraum dahingehend zu nutzen, dass keine Aufnahme in Sperrlisten erfolgt und Zugangssperren unterbleiben.

Aber ein vom Parlament beschlossenes Gesetz kann und darf ein Ministerium nicht einfach aussetzen. Das ist verfassungswidrig. Diese Erkenntnis ist ja auch zur CDU durchgedrungen. Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert und Rechtsausschussvorsitzender Siegfried Kauder haben darauf hingewiesen.

Derzeitiger Rechtszustand ist verfassungswidrig

Wir haben zu Beginn des letzten Jahres einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderpornografie in Kommunikationsnetzen in den Bundestag eingebracht. Eine öffentliche Anhörung des federführenden Rechtsausschusses hat nachdrücklich bestätigt, dass der derzeitige Rechtszustand und die Aussetzung des Zugangerschwerungsgesetzes durch einen Erlass des BMI verfassungswidrig ist.

Mit unserem jetzt zusätzlich vorgelegten Antrag „Zugangerschwerungsgesetz aufheben – Verfassungswidrigen Zustand beenden“ fordern wir die Bundesregierung auf, unverzüglich einen Entwurf zur Aufhebung des Zugangerschwerungsgesetzes vorzulegen und den verfassungswidrigen Zustand der Aussetzung eines parlamentarischen Gesetzes durch Erlass des Bundesinnenministeriums zu beenden. Die Bundesregierung soll sich außerdem bei den weiteren Verhandlungen auf europäischer Ebene nachdrücklich für das Prinzip „Löschen statt Sperren“ einsetzen und bei den anderen Mitgliedstaaten für die wirksame Löschung derartiger Angebote anstelle symbolpolitischer Sperrungen werben.

Konzentration auf effektivere Bekämpfung von Kinderpornografie

Unser oberstes Ziel war stets die Sicherung von Effektivität und Rechtstaatlichkeit bei der Bekämpfung kinderpornografischer Inhalte. Dabei haben wir in mehreren Resolutionen konkrete Vorschläge gemacht, wie der Kampf gegen Kinderpornografie effektiver als heute geführt werden kann. Zur Bekämpfung der Verbreitung von sexueller Gewalt und Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im Internet sind eine verbesserte technische und personelle Ausstattung der Polizeibehörden, die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit auf nationaler und insbesondere auf internationaler Ebene erforderlich, um die Löschung kinderpornografischer Netzinhalte zeitnah und effektiv durchzusetzen und eine konsequente Strafverfolgung zu erreichen.

Mehrgenerationenhäuser erhalten

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, das erfolgreiche Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser“ zu erhalten und weiterzuentwickeln. In einem entsprechenden Antrag haben wir Vorschläge zur Weiterentwicklung vorgelegt.



Mehrgenerationenhäuser sind Orte der Begegnung für Menschen aller Generationen. Mehrgenerationenhäuser sind zentrale Anlaufstellen, an denen Menschen in ihrer Nachbarschaft das finden, was sie im Alltag brauchen. Sie geben Raum für gemeinsame Aktivitäten, bieten Angebote zur Kinderbetreuung und zur Betreuung älterer Menschen und schaffen so ein neues nachbarschaftliches Miteinander.

Sie sind mit ihren Angeboten darauf ausgerichtet, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und haushaltsnahe Dienstleistungen zu entwickeln und umzusetzen. So stärken sie die soziale Infrastruktur vor Ort und entlasten Familien, Alleinerziehende und pflegende Angehörige.

Miteinander der Generationen fördern

Unter dem Motto „Starke Leistung für jedes Alter“ hat die Große Koalition im Oktober 2006 das Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser“ gestartet. Grundgedanke des Programms ist es, das Miteinander der Generationen unter einem Dach zu fördern. 500 Mehrgenerationenhäuser haben seit Programmbeginn erfolgreich ihre Arbeit aufgenommen. Gerade angesichts des demografischen Wandels ist es notwendig, dass die verschiedenen Akteure in den Kommunen ihre erfolgreiche Zusammenarbeit fortsetzen können.

Ehrenamtstauschbörsen, Hausaufgaben- und Kinderbetreuung und Angebote zur Stärkung der Medienkompetenz gehören beispielsweise zu den Erfolgsgeschichten vieler Einrichtungen. Wir brauchen Strukturen, die die Zivilgesellschaft stärken und sie auf kluge Weise mit sozialstaatlichen Strukturen vor Ort verbinden. Das gelingt bereits heute in den Mehrgenerationenhäusern.

Weise mit sozialstaatlichen Strukturen vor Ort verbinden. Das gelingt bereits heute in den Mehrgenerationenhäusern.

Kein Interesse der Regierung an den Mehrgenerationenhäusern

Ab 2011 läuft der jährliche Bundeszuschuss an die Mehrgenerationenhäuser planmäßig schrittweise aus. Die Bundesregierung hat dem Druck der SPD endlich nachgegeben und kündigt ein neues Programm für die Mehrgenerationenhäuser ab 2012 an. Viele Fragen bleiben dabei jedoch ungeklärt. Die ersten Ankündigungen sind allerdings erschreckend. Kürzung der Mittel, kürzere Laufzeit, weniger Häuser, aber ein deutliches Plus an Koordinierungsarbeit - das sind die Korsettstäbe, die den Mehrgenerationenhäusern umgelegt werden. Sich darin frei, kreativ und der Umgebung entsprechend zu entfalten, dürfte äußerst schwierig werden.

In einem von uns vorgelegten Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, umgehend eine Übergangsregelung für die Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser vorzulegen. Denn schon in diesem Jahr laufen die ersten Zuschüsse aus. Offensichtlich interessiert die Bundesregierung nicht, dass einige Häuser nicht wissen, wie sie eine Überbrückungsfinanzierung sichern sollen. Zumal nicht garantiert ist, dass sie erneut für eine Förderung ausgewählt werden.

Ausrichtung mit Prävention und Gesundheitsförderung ergänzen

Mit dem Antrag haben wir auch Eckpunkte zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Mehrgenerationenhäuser vorgelegt. Konzeptionell verfolgt die SPD-Fraktion den Ansatz, die bisherige Ausrichtung der Mehrgenerationenhäuser gezielt um den neuen Schwerpunkt Prävention und Gesundheitsförderung zu erweitern. Präventive Maßnahmen unterstützen Menschen über die gesamte Lebensspanne hinweg und können Familien, Kindern und Jugendlichen sowie älteren Menschen helfen, ein gesundes und selbstbestimmtes Leben zu führen. Alle selbst gewählten und an der Umgebung ausgerichteten Mehrgenerationenhäuser können mit geringem Aufwand ihr Programm erweitern und sich so weiterentwickeln.

Ausweg aus der Zwangsehe

Mit unserem am 20. Januar in 1. Lesung beratenen Gesetzentwurf für ein erweitertes Rückkehrrecht im Aufenthaltsgesetz bieten wir besondere aufenthaltsrechtliche Hilfe für ausländische Opfer von Zwangsheirat, die in Deutschland gelebt haben.

Zwangsverheiratung ist eine schwere Menschenrechtsverletzung. Sie kommt in den unterschiedlichsten ethnischen und religiösen Gruppen vor und betrifft insbesondere Frauen und Mädchen. Wir haben 2005 die Zwangsverheiratung als besonders schweren Fall der Nötigung in das Strafgesetzbuch (StGB) aufgenommen. Die Praxis zeigt aber, dass dies vor allem unter dem Aspekt des Opferschutzes nicht ausreicht.

Sofern ausländische Personen betroffen sind, muss ihnen über die geltenden Regelungen im Aufenthaltsgesetz hinaus aufenthaltsrechtlich die Möglichkeit gegeben werden, sich aus der Zwangsehe zu befreien, was nach bisheriger Rechtslage nicht ausreichend gewährleistet ist.

Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir für Ausländer ein eigenständiges Aufenthaltsrecht schaffen, die vor der Eheschließung legal in Deutschland gelebt haben und im Ausland entweder zur Ehe oder zur Fortführung einer Ehe genötigt werden und deshalb nicht nach Deutschland zurückkehren können, bevor ihr Aufenthaltstitel erlischt. So bekommen sie die Möglichkeit der Rückkehr nach Deutschland.

Gegen Extremismus-Generalverdacht

Bundesfamilienministerin Schröder will in Zukunft von allen Empfängern von Bundesmitteln im Kampf gegen Rechts eine Erklärung verlangen, dass sie die Gesinnung ihrer Projektpartner und Referenten prüfen. Wir lehnen diesen politisch unsinnigen und rechtlich fragwürdigen Irrweg ab. Dazu haben wir einen Antrag vorgelegt. Engagierte Demokratinnen und Demokraten sollten nicht unter einen Extremismus-Generalverdacht gestellt, sondern unterstützt werden.

Für die Förderung einer demokratischen Kultur ist das dadurch bewirkte Klima des Misstrauens und der Denunziation abträglich. Zudem fehlt eine stichhaltige Begründung für eine gesonderte Bestätigungserklärung. Träger, die nachweislich eine den Zielen des Grundgesetzes nicht förderliche Arbeit verrichten, sind schon heute von der Förderung ausgeschlossen. Das hat die Bundesregierung auf Nachfrage bestätigt. Rechtlich ist die Klausel ohnehin fragwürdig, da weder Tatbestand noch Rechtsfolge hinreichend bestimmt sind. Zudem würden so Aufgaben des Verfassungsschutzes auf zivilgesellschaftliche Träger übertragen, die weder die Legitimation noch die Mittel besitzen, diese wahrzunehmen.

Einige der zivilgesellschaftlichen Initiativen werden durch das Vorgehen der Ministerin existenziell

bedroht. Dieses Vorgehen zeugt von mangelndem Respekt vor der engagierten Arbeit der Initiativen.

Mit einem weiteren Antrag „Demokratieoffensive gegen Menschenfeindlichkeit – Zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus nachhaltig unterstützen“ fordern wir außerdem unter anderem, dauerhafte Strukturen zu schaffen, die sich nicht nur auf die Bekämpfung von Rechtsextremismus beschränken, sondern vielmehr die Werte der Demokratie vermitteln. Die für das Haushaltsjahr 2011 geplante Vermischung der bestehenden Programme gegen Rechtsextremismus mit anderen Programmen zur Extremismusabwehr, und die Zusammenlegung der Haushaltstitel gegen Rechtsextremismus mit dem Haushaltstitel gegen Linksextremismus und Islamismus soll umgehend rückgängig gemacht werden.

Generell sollen die Mittel für gut arbeitende Strukturprojekte wie Mobile Beratungsteams und Opferberatungsstellen um drei Millionen Euro erhöht und bundesweit spezialisierte Beratungsstellen für die Opfer rechter Gewalt ausgebaut werden. Wir fordern außerdem, den Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus weiterzuentwickeln und mit wirksamen und nachprüfbaren Maßnahmen gegen jede Art von Rassismus auszustatten.

Veröffentlichungen

„Schwarz-Gelb: Ende der Solidarität im Gesundheitssystem“

Aus den vollmundigen Versprechungen des Gesundheitsministers ist ein ungerechtes Gesundheitssystem geworden. In dem 12-seitigen Faltblatt prangern wir die Einführung der Drei-Klassen-Medizin an und fordern mit der Bürgerversicherung eine andere Gesundheitspolitik.

„Aktive Wirtschaftspolitik – Für einen stabilen Aufschwung und Vollbeschäftigung“

Die Wirtschaftskrise hat deutlich gemacht, dass Märkte der politischen Gestaltung bedürfen. Für uns gilt: Soviel Wettbewerb wie möglich, soviel regulierender Staat wie nötig. Die 26-seitige A5-Broschüre spiegelt unsere Überzeugung, unseren Erfolg, unser Ziel sowie unser Leitbild von aktiver Wirtschaftspolitik wider.

„Missbrauch der Leiharbeit bekämpfen“

In dem 12-seitigen Faltblatt stellen wir unsere Vorstellungen von Verbesserungen bei der Leiharbeit vor. Leiharbeit muss wieder auf das begrenzt werden, was sie sein soll: eine Arbeit auf Zeit und ein Sprungbrett in den regulären Arbeitsmarkt.

„Fraktion kompakt“ (A5-Broschüre)

Wie auch in den vergangenen Wahlperioden haben wir eine Veröffentlichung erstellt, die einen Überblick über alle Mitglieder unserer Fraktion, ihren jeweiligen Funktionen sowie Mitgliedschaften in Gremien gibt und in der auch die Kontaktdaten aller Mitglieder erhalten sind.

Die nächste Ausgabe von
fraktion intern*
erscheint am 14. März 2011

Informationen gibt es auch unter www.spdfraktion.de

In eigener Sache

Hier noch einmal der Aufruf der letzten Ausgabe von Fraktion Intern:

Wer von unseren Leserinnen und Lesern die Fraktion Intern in Zukunft nicht mehr gedruckt und per Post, sondern digital und per E-Mail erhalten möchte, kann diesen Wunsch an **oeffentlichkeitsarbeit@spd-fraktion.de** schicken. Neben der E-Mail-Adresse benötigen wir außerdem den Namen, Postanschrift und soweit vorhanden die SPD-Mitgliedsnummer, um die Adresse für den Postversand zu sperren. Umso mehr sich für den E-Mail-Versand entscheiden, desto mehr Porto kann eingespart werden.

An dieser Stelle auch einen herzlichen Dank an alle, die sich bereits gemeldet haben!

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Vera Nicolay

Texte: Brigitte Deja, Nicola Heller, Stefan Hintermeier, Dirk von der Hude, Johannes Kollbeck, Tillmann Löhr, Vera Nicolay, Dirk Sawitzky, Oliver Schmolke

Illustrationen und Fotos: Bilderbox (S. 14), Florian Jaenicke (S. 3), Ute Grabowsky/ photothek.net (S. 7, 12), Thomas Köhler/photothek.net (S. 9, 11), Thomas Trutschel/ photothek.net (S. 5), Klaus Vhynalek (Titel)

Redaktionsanschrift:

SPD-Bundestagsfraktion

- Öffentlichkeitsarbeit - Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-510 99 Telefax: 030 / 227-568 00

E-Mail: redaktion@spdfraktion.de Internet: www.spdfraktion.de

Grafik und Layout: S. Voorwinden / J. miller

Druck: Braunschweig-Druck

Adressänderungen und Bestellungen von Veröffentlichungen:

Telefon: 030 / 227-571 33 Telefax: 030 / 227-568 00

E-mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de oder direkt im Internet